

«In zehn Jahren hat die Stadt Probleme mit einer «Googlisierung»»

Brisante Dossiers Sozialstadtrat Nicolas Galladé (SP) zieht Bilanz zu einem Jahr Ukraine-Krieg und spart nicht mit Kritik am Bund. Im Gespräch warnt er auch, dass der wirtschaftliche Fortschritt für Winterthur Gefahren birgt.

Deborah von Wartburg

Ein Jahr Ukraine-Krieg, steigende Flüchtlingszahlen, Trychler demonstrieren in Seegräben. Höchste Zeit, mit Sozialstadtrat Nicolas Galladé (SP) über die Asylpolitik von Winterthur zu sprechen. Doch nicht nur im Asylbereich ist viel los. Auch mit der regulären Sozialhilfe und in der Pflege vereint Nicolas Galladé in seinem Departement Bereiche, in denen grosse gesellschaftliche Probleme aufgefangen werden müssen. Wie Winterthur das macht und wo es harzt, verrät er im Interview.

Über 1000 Flüchtlinge mehr innert weniger Monate. Wie hat Winterthur das gemeistert, Herr Galladé?

Gut. Das letzte Jahr war eine Ausnahmesituation und wir haben Enormes geleistet. Nicht nur in Winterthur. Zum Vergleich: Im Prager Frühling kamen 13'000 Personen aus der damaligen Tschechoslowakei, aktuell sind es 75'000 aus der Ukraine. In Winterthur hatten wir vor einem Jahr circa 400 Geflüchtete, jetzt haben wir 1450. Wir konnten alle aufnehmen, unterbringen, unterstützen, beraten und ihnen Angebote vermitteln.

Winterthur brachte möglichst viele Ukrainer in Kollektivunterkünften oder Wohnungen unter. Gastfamilien wollte man keine vermitteln. Hat sich das im Nachhinein bewährt?

Ja. Wir vermitteln nicht in Gastfamilien. Die Geflüchteten organisierten sich in den meisten Fällen selbst eine Gastfamilie bevor sie hier waren, etwa via Facebook. Das Engagement in der Zivilbevölkerung war ein grossartiges und grosszügiges Zeichen, gerade auch die Hilfsbereitschaft der Gastfamilien. Diese unterstützen wir auch mit der kirchlichen Anlaufstelle. In Winterthur wollten wir aber nicht das unrealistische Bild stärken, dass die Leute bald wieder heimkehren. Vor allem wollten wir uns nicht auf den langfristigen Goodwill der Leute verlassen. Mittlerweile sind in Winterthur noch knapp 200 Geflüchtete in Gastfamilien, gegen 400 sind in Kollektivunterkünften und die Mehrheit in privaten Wohnungen, was nachhaltiger ist, weil sie dort länger bleiben können.

Die Anzahl günstiger Wohnungen ist begrenzt. Wie verhindern Sie, dass Asylsuchende gegen bedürftige Schweizer ausgespielt werden, wie beim Fall in Seegräben?

Bei diesem «Fall» wie auch in Windisch hat sich gezeigt, dass der Sachverhalt nicht so ist, wie er in einigen Medien anfänglich dargestellt wurde. Die Gemeinde musste den Mietern gar nicht wegen der Asylquote kündigen. Es ist schlicht ein Fehler passiert. Der Fall bestätigt, dass wir in einem hochsensiblen, politischen und emotionalen Bereich arbei-



Stadtrat Nicolas Galladé (SP) glaubt nicht, dass höhere Löhne den Pflegenotstand beheben. Foto: Madeleine Schoder

ten und viel Verantwortung tragen. Da braucht es eine umsichtige und vorausschauende Planung. Und eine sorgfältige, offene und ehrliche Kommunikation. Das ist uns bisher gut gelungen. Ich wünsche mir, dass sich auch die Medien dieser Verantwortung bewusst sind und entsprechend handeln.

Immer wieder kritisierten Sie im letzten Jahr auch den Bund. Sie sagten beispielsweise, er stelle zu wenig Betten zur Verfügung. Hat sich die Zusammenarbeit verbessert?

Alle Staatsebenen, auch der Bund, haben im letzten Jahr Enormes geleistet. Ich habe unsere Einschätzungen und Haltungen kommuniziert, die sich nicht immer mit jenen des Bundes deckten. Der Bund suggerierte, dass die Leute nur kurz bleiben, kaum Integrationsmassnahmen brauchen und sofort Arbeit finden. Dabei war schon damals klar, dass das fachlich nicht «verhebt». Aktuell haben 14 Prozent der geflüchteten Ukrainer eine Arbeitsstelle. Der Bund hat zu Beginn ein zu simples und positives Bild vermittelt. Ich habe früh gesagt, dass weder die Integration in den Arbeitsmarkt noch in die Ge-

«Mich hat beelendet, dass der Bund vermittelte, das seien jetzt die richtigen Flüchtlinge.»

sellschaft ein Selbstläufer wird. Was mich aber am meisten beelendet hat, war, dass der Bund vermittelte: Das sind jetzt die richtigen Flüchtlinge. Das suggeriert, dass es die anderen nicht sind, und das stimmt nicht. Wir haben seit einigen Jahren ein hervorragendes Asylgesetz. Andere Staaten beneiden uns darum. Wir haben eine konstante Schutzquote von 60 Prozent. Das heisst, 60 Prozent derer, die einen Antrag stellen, haben anerkannten Schutzbedarf. Die anderen werden in der Regel rasch wieder zurückgeführt. 60 Prozent ist im Vergleich mit früher ein hoher und damit guter Wert.

Ein Grossteil der Integrations- und Betreuungsaufgaben wurde in Winterthur religiösen Institutionen überlassen. Gibt es eine Kontrolle, um allfällige Missionierungsversuche zu verhindern?

Wir sind für den staatlichen Bereich zuständig; für Unterbringung, Unterstützung und vorgeschriebene Integrationsmassnahmen. Vieles darüber hinaus wird freiwillig und privat, oft von Kirchen, organisiert. Dafür sind wir dankbar. Kontrollieren können wir das aber nicht.

Im Städtevergleich der Sozialhilfe fällt Winterthurs hohe Anzahl an wenig ausgebildeten Arbeitskräften auf. Sie begründeten das mit der industriellen Vergangenheit Winterthurs. Ist diese Erklärung nicht langsam veraltet?

In Städten wie Basel mit seiner Chemieindustrie hat der Strukturwandel früher eingesetzt als in Winterthur, mit Lowtech-Industrie wie Sulzer. Das sagt die Studie der Fachhochschule Bern zu den Sozialhilfezahlen. Es ist aber zu erwarten, dass das Problem mit den gering qualifizierten Arbeitslosen sich mit der Zeit auch in Winterthur aus-

wächst. Dafür haben wir dann andere Probleme. Mit dem günstigen Wohnraum könnte es knapp werden. Ich glaube, dass scheinbar erwünschte Entwicklungen hier früher passieren, als uns lieb sein wird.

Welche Entwicklungen meinen Sie?

In der Stadt Zürich sind die Arbeitslosen besser ausgebildet, aber dort gibt es viel weniger bezahlbaren Wohnraum als hier. In zehn, zwanzig, dreissig Jahren werden wir auch in Winterthur ähnliche Tendenzen auf dem Wohn- und Arbeitsmarkt feststellen. Gleichzeitig steigt die Attraktivität der Stadt als Wohnort. Die neu geschaffenen Jobs ziehen gut ausgebildete, besser verdienende Menschen an, die Mieten steigen. Die weniger gut Ausgebildeten braucht's aber immer noch. Die arbeiten dann zwar in Winterthur, wohnen aber ausserhalb, wo es günstiger ist.

So wie in Zürich heute schon?

Ja. Diese «Googlisierung» wirkt klischeehaft, hat aber einen wahren Kern: Gut verdienende Fachleute aus aller Welt ziehen nach Zürich und können 5000 Franken für ihre Wohnung zahlen. In zehn Jahren hat Winterthur wohl ähn-

liche Probleme. Vielleicht haben wir dann etwas weniger Arbeitslose ohne Ausbildung und Sozialhilfebeziehende, aber eine schwierigere Situation für normal- und geringverdienende Menschen, die hier leben wollen.

In Winterthur stimmten 70 Prozent Ja zur Pflegeinitiative. Die Stadt Zürich erhöht den Lohn der Pflegenden. Trotzdem lehnen Sie eine Lohnerhöhung bei den fünf städtischen Alterszentren und der Spitex ab. Warum?

Ein Konkurrenzkampf zwischen Gemeinden und Institutionen um Pflegekräfte ist nicht nachhaltig. Wir können in Winterthur auf hohem Niveau Leistungen erbringen. Natürlich spüren auch wir den angespannten Arbeitsmarkt. Bei den Löhnen sind wir dank des städtischen Lohnsystems gut aufgestellt. Zudem ist ein grosser Betrieb per se ein attraktiver Arbeitgeber, weil man viele Entwicklungsmöglichkeiten hat.

Ist also alles gut in der Pflege?

Die Situation ist anspruchsvoll. Wir sind dran, die Bedingungen für unsere Pflegenden laufend zu verbessern. Seit einigen Monaten analysieren wir, wo der Schuh wirklich drückt. Massnahmen müssen gut überlegt und wirksam sein. Sonst verpufft die Wirkung, und die Kosten für Heimbewohnende und Steuerzahlende steigen, ohne eine nachhaltige Verbesserung zu erzielen.

Und, wo drückt der Schuh?

Zentral ist, einen stabilen und funktionierenden Dienstplan gewährleisten zu können. Auch bei Krankheiten oder kurzfristigen Ausfällen. Etwa durch mehr Stellen. Auch die Ausbildung ist ein Punkt, den wir weiterhin stark gewichten wollen. Es ist einfach ein Vorteil, wenn bereits eingearbeitete Lernende im Betrieb bleiben. Das ganze Thema wird in den nächsten Budgetprozess einfließen.

Wie ist es eigentlich, als Sozialdemokrat ständig über die Kostenseite der Sozialwerke reden zu müssen?

Na ja, auch als SPler sehe ich, dass mehr Geld ausgeben nicht zwingend heisst, dass es auch gut investiertes Geld ist. Manchmal gehen sparen und eine Situationsverbesserung der Menschen einher, wie bei unserer Falllaststudie in der Sozialhilfe. Bei den Flüchtlingen kann es nicht um kurzfristige Rentabilität gehen. Was in der Ukraine, Afghanistan und anderen Orten in der Welt passiert, ist eine Katastrophe, und es ist unsere humanitäre Aufgabe, zu helfen und in die Integration dieser Menschen zu investieren. Wenn sie dann hierbleiben, rentiert sich das. Und wenn sie zurückkönnen, ist es auch keine vergebliche Investition. Am Schluss produzieren wir im Sozialbereich gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das lohnt sich immer.